



Foto: Gabriele Feigl

Reger Verkehr auf der St. Berthold-Allee

Auf unsere Nachfrage bei Bürgermeister Anton Silber bezüglich einer Geschwindigkeitsbeschränkung im Ortszentrum, meinte er, dass dieses Thema beim Land überhaupt nicht behandelt worden sei. Zudem wären einige Garstner bei ihm vorstellig geworden, die sich gegen eine Tempo-30-Beschränkung ausgesprochen hätten. Wie viele Personen das waren, wollte er uns jedoch nicht sagen.

Dass das Tempolimit von vielen BewohnerInnen gewünscht wird, zeigt uns die rege Beteiligung an unserer Unterschriften-Aktion. Über 200 Personen befürworteten mit ihrer Unterschriften eine 30-er Beschränkung im Zentrum von Garsten. Und es werden bestimmt noch mehr werden. Herzlichen Dank all jenen die bereits unterschrieben haben

Bei der Informations-Veranstaltung im April 2014 wurde bereits der Wunsch für ein Tempolimit von vielen TeilnehmerInnen bekundet. Dass dies nun völlig unter den Tisch gekehrt werden soll, werden wir nicht akzeptieren. Wir bemühen uns weiterhin, unseren Ort nicht nur für den motorisierten Durchzugsverkehr attraktiv zu gestalten. ■

Die Diskussion muss geführt werden

Oft gehörte Argumente in bisherigen Gesprächen:

LÄRM

Autos sind bei 30 km/h lauter als bei 50 km/h.

Stimmt nicht!

Bei modernen PKWs sind Motor und Getriebe so abgestimmt, dass sie bei diesen Geschwindigkeiten mit gleicher Drehzahl in unterschiedlichen Gängen bewegt werden. Ab einer Geschwindigkeit von 30 km/h ist darüber hinaus nicht das Antriebs-Geräusch, sondern das Reifen-Fahrbahn-Geräusch dominant. Letzteres steigt mindestens mit der dritten Potenz, was bedeutet, dass bei einer Steigerung der Geschwindigkeit um 66% der Lärmpegel aus diesem Bereich nicht um 66% sondern um rund 300% steigt.

Wenn die Autos schneller durchfahren ist auch der Lärm schneller weg.

Stimmt nicht!

Bei höheren Geschwindigkeiten passieren mehr Autos pro Zeiteinheit ein bestimmte Stelle. Die Berthold-Allee wird jedoch bekanntlich nicht nur vereinzelt befahren.

LEBENSRAUM & VERKEHR

Die Welt, und wir als Gesellschaft entwickeln uns ständig weiter. Das bedingt auch, dass wir lernen müssen, mit einem wachsenden Verkehrsaufkommen umzugehen. Es gibt kein uneingeschränktes Wachstum. Jede Vermehrung ist auch mit einem höheren Ressourcenverbrauch gekoppelt, führt zu Engpässen und im Gegenzug zur Verlangsamung. Mehr Verkehr muss zwangsläufig bedeuten, dass dieser langsamer läuft.

Wie bei Wasser in einem Fluss, ist es auch im Straßenverkehr nicht möglich, eine unbegrenzte Menge Autos mit hoher Geschwindigkeit durch einen vorgegebenen Querschnitt (Fahrbahnbreite) zu schicken, ohne einen Rückstau zu verursachen. Wenn man jedoch erreicht, dass die Menge, welche einen Querschnitt pro Zeiteinheit passiert, geringer ist (z. B. durch niedrigere Geschwindigkeiten), kann auch der Rückstau reduziert werden. ■

Setzen Sie ein Zeichen!
Aufkleber erhältlich unter
Tel. 0699/10033431



GRÜNSPECHT



Jetzt dachte ich, ich könnte in Zukunft ganz gemütlich durch die neu gestaltete St. Berthold Allee nach Hause fliegen, ganz stressfrei, in der Ruhe liegt die Kraft. Aber mit den anderen Vögeln ist nicht darüber zu reden. Die Raben tun was sie am besten können, hocken auf ihrem Baum, schauen was passiert und hoffen, dass alles gut geht. Die Gimpel warten nur noch sehnsüchtig, bis sie auf der frisch asphaltierten Geraden mit ihren italienischen Sportwagen durch das Ortszentrum donnern können und die Meisen sind hauptsächlich mit sich selbst und ihrem Nestbau beschäftigt. Dabei überhören sie vor lauter Verkehrslärm, was die Spatzen von den Dächern pfeifen: ausgehzt, drive hard, die young.



den einfachen BürgerInnen bzw. KonsumentInnen zu Gute kommen, sondern nur die Einzelinteressen weniger Großunternehmen befriedigen. Wirklich interessant für uns als BürgerInnen und Gesellschaft wird es im zweiten Teil des geplanten Abkommens, dem Investitionsschutz.

Unter **Investitionsschutz** versteht man eine Vereinbarung, in der festgelegt wird, dass finanzielle Nachteile die einem Investor durch Änderungen der Gesetzgebung im jeweiligen Land erwachsen mit Steuergeld abzugelten sind. Und dies ohne Ausnahme! Egal ob es sozialrechtliche Belange sind (z.B. Änderungen im Kündigungsschutz, bei der Kinderbetreuung, Krankenversicherung, Arbeitszeitregelung), umwelt- und naturschutzrechtliche Fragen, Verkehrsregulierung (Mautbestimmungen, Sonntagsfahrverbote) usw. Bei jeder geplanten Änderung muss der Staat dann eventuelle Mehrkosten, die einem Investor aus dem Partnerland entstehen aus dem Steuertopf begleichen.

Ein nicht unwesentliches Detail am Rand ist vielleicht, dass auch Österreich derzeit über 60 solcher Investitionsschutzabkommen mit anderen Ländern bilateral geschlossen hat (unter anderem mit Rumänien oder Bangladesch). Damit erschweren wir aber auch - genau wie es bei uns der Fall sein könnte - in diesen Ländern notwendige Reformen. Als aktuelle Beispiele wurden der deutsche Atomausstieg und eine entsprechende Klage des schwedischen Atomstromkonzerns Vattenfall an die deutsche Bundesregierung genannt, sowie eine Klage der Meindl-Bank, die ihren Firmensitz mittlerweile nach Malta verlegt hat und nun von dort gegen das österreichische Bankengesetz klagt.

Zusammenfassend müssen wir uns die Frage stellen, ob wir Investitionsschutzabkommen (noch dazu da sie unbefristet sind) verantworten und sie uns leisten können. Für einen internationalen Konzern ist das sicherlich eine tolle Sache, da es sein Risiko minimiert, aber gleichzeitig minimiert es auch unsere Chance auf eine gerechtere - und zumindest aus dieser Perspektive - bessere Welt.

Vielleicht ist es aber auch gerade das, was die konservativen Kräfte in den Ländern der EU und die Großindustrie mit all ihren Lobbyisten unbedingt wollen: Stillstand! Den Status Quo einfrieren, genug der sozialen Entgegenkommen für die arbeitende Bevölkerung, immer diese schwer greifbaren und so gar nicht gewinnmaximierenden Umweltschutzforderungen. Und wen schert schon die dritte oder vierte Welt mit ihren Problemen, ist doch weit weg (solange sie dort bleibt), der Konsument will doch schließlich Produkte zu einem Preis kaufen können, zu dem bei uns mit unserer ganzen Sozial- und Arbeitsgesetzgebung (keine 60 Stunde Woche, freie Wochenenden, Urlaub, Mutterschutz) nicht einmal produziert werden könnte.

■ Ekkehart Grillmeyer

Am 28. Mai 2015 war der grüne Europa-Abgeordnete Michel Reimon in Steyr um einem interessierten Publikum im Museum Arbeitswelt Einblicke in das Geschehen rund um die TTIP Verhandlungen zu geben und einige Hintergründe zu erläutern.



Michel Reimon
Europa-Abgeordneter

TTIP geistert seit bald 18 Monaten durch die Presse und in den immer wieder kurz aufflammenden Diskussionen stellen wir fest, dass wir eigentlich recht wenig über die Hintergründe und vor allem die zu erwartenden Konsequenzen eines solchen Abkommens wissen. Außer populistischer Panikmache (Chlorhuhn, rote Blinkergläser) wird wenig konkretes kommuniziert, sodass man den Eindruck gewinnt, dass dies nur Blendfeuer sind, für deren Löschung bereits im Vorfeld Vorkehrungen getroffen wurden, um von den eigentlich kritischen Elementen des geplanten Vertrags abzulenken.

TTIP steht für „Transatlantic Trade and Investment Partnership“. Darunter kann man sich zum Beispiel einen zollfreien Handelsraum vorstellen (Zollunionen), aber in Wirklichkeit geht es um viel mehr, wie einige Beispiele zeigen. So gibt es in Amerika einen Überschuss an sehr billigem Öl und Gas aus Fracking-Produktionen, die derzeit auf Grund von Exportverboten nicht in die EU geliefert werden können. Die europäische Großindustrie hat naturgemäß ein sehr großes Interesse an billigen fossilen Rohstoffen, was aber in weiterer Folge ein Umdenken bzw. eine Neukonzeption der Energieversorgung in Europa hemmen wird. Ein zweites Beispiel ist der sogenannte „Buy American Act“, der die öffentlichen Stellen in den USA verpflichtet, bei Ausschreibungen ausschließlich amerikanische Produkte zu kaufen.

Diese Vorschrift ist speziell der Automobilindustrie ein Dorn im Auge. Andererseits entspricht es einer sehr nachvollziehbaren und auch bei uns oft erhobenen Forderung, dass Anschaffungen aus Steuermitteln die heimische Wirtschaft unterstützen sollen. Der Slogan „Kauf im Ort“ wird besonders von konservativen Wirtschaftstreibern und Lokalpolitikern oft bemüht und dennoch wird dann auf der anderen Seite von eben diesem politischen Lager der freie Handel und die Abschaffung genau jener Regularien gefordert, die das herbei führen würden.

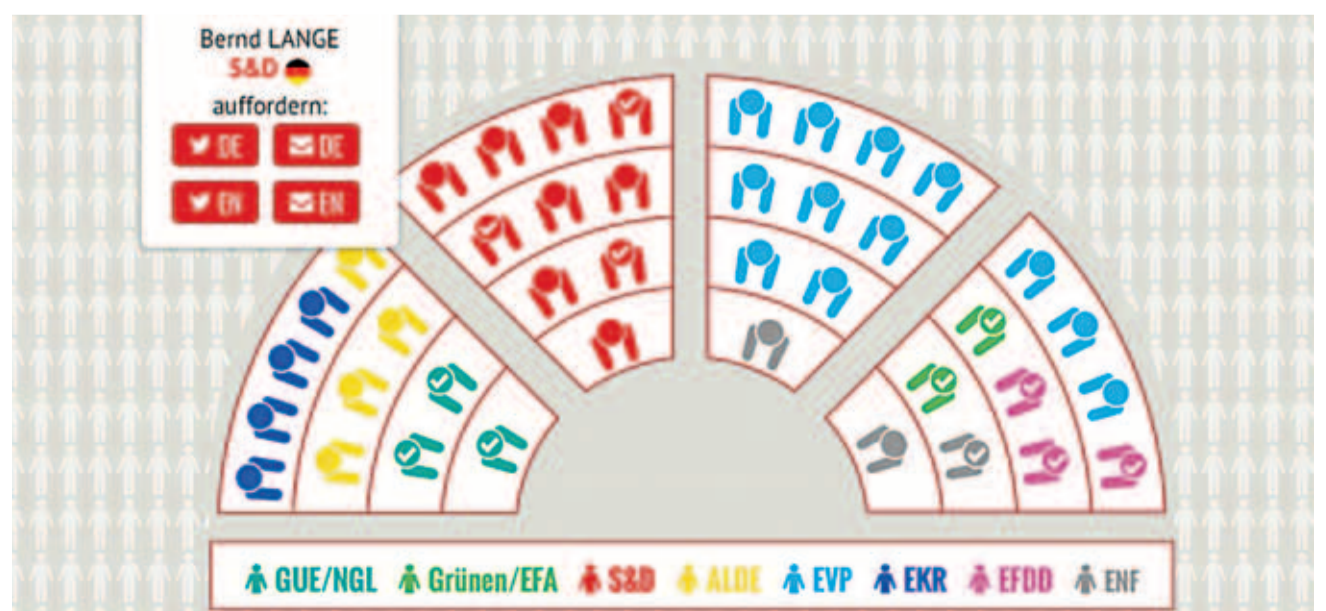
Die Liste der Beispiele an Begehrlichkeiten lässt sich sehr lange fortsetzen und wenig bis nichts davon wird

FORDERE DEINE VERTRETERINNEN IM EU PARLAMENT AUF, „NO 2 ISDS“ ZU SAGEN!

Mach mithilfe der interaktiven Grafik mit und fordere die EU-Abgeordneten des Handelsausschusses auf, gemeinsam mit der großen Mehrheit der BürgerInnen entschieden NEIN zu ISDS und Sonderrechten für Konzerne zu sagen. Ersuche sie, folgendes Versprechen zu geben:

www.no2isds.eu

„Ich lehne Sonderrechte für ausländische InvestorInnen und insbesondere jegliches Konzernklagerecht gegenüber Staaten (ISDS) in TTIP entschieden ab. Ich werde keiner Resolution zustimmen, die Sonderrechte für Konzerne und ISDS nicht eindeutig ablehnt.“ ■



SCHÜTZEN WIR DIE BIENEN

Die Bienen brauchen dringendst unsere Hilfe, denn ihre Situation wird immer dramatischer. Die Grünen haben deshalb eine breite Kampagne gestartet, um das Bienensterben durch effektive Maßnahmen zu stoppen.

Die Gefahren für die Bienen sind bekannt: Neben Witterung und Varroamilbe sind es die Schädlingsbekämpfungsmittel sowie immer weniger Lebensraum und damit Nahrung. Daher sind auch die dringend nötigen Gegenmaßnahmen klar: „So müssen natürlich der Einsatz von Pestiziden verringert, alle bienenschädlichen Pestizide vom Markt genommen und gesundheits- und umweltverträglichere Alternativen eingesetzt werden“ so Rudi Anschöber. Weiters müssen die Flächennutzung geändert und die biologische Vielfalt gefördert werden. Wir brauchen mehr insekten- und speziell bienenfreundliche Pflanzen auf öffentlichen Flächen, am Straßenrand, mehr Blütenpflanzen in Wiesen, Privatgärten oder auf Firmengeländen. Zum Bienenschutz kann auch



jede/r von uns beitragen. Indem wir Bio und damit pestizidfreie Lebensmittel kaufen, im Garten auf Unkrautvernichtungsmittel verzichten, spezielle Blumen und Kräuter ansetzen und den Honig bei ImkerInnen aus der Region kaufen. Eines sollte uns klar sein: Bienen sind für uns Menschen unverzichtbar. Drei Viertel aller weltweit landwirtschaftlich angebauten Pflanzen sind auf die Bestäubung durch Bienen und andere Insekten angewiesen. Sterben die Bienen aus, werden die Lebensmittel knapp. Ein verheerendes Szenario. ■

WEBTIPP

→ ooe.gruene.at/themen/umwelt/massnahmen-gegen-das-bienensterben

ES DROHT „BADESCHLUSS“ IN VIELEN GEMEINDEN



Foto: Bilderbox.com

Es droht ein Kahlschlag bei den OÖ. Frei- und Hallenbädern. Eine Bäderstudie empfiehlt, in den nächsten zehn Jahren mehr als ein Drittel aller OÖ. Frei- und Naturbadeanlagen zu schließen.

Derzeit sind es rund 160. 2025 sollen es 100 sein. Für die Grünen ist das nicht hinnehmbar. „Wir warnen schon lange, dass viele Badeanlagen desolat sind und das Aus droht, wenn nicht ein Erhaltungskonzept vorgelegt wird das die einzelnen Gemeinden bei der Finanzierung des laufenden Betriebes unterstützt. Es braucht ein Konzept, das Gemeinde- und Regional Kooperationen sowie technische Innovationen im Sanierungsbereich umfasst.“

Stattdessen gibt es ein Schließungskonzept. Das ist nicht akzeptabel“ so Gottfried Hirz. Bäder bedeuten Gesundheitsförderung, Freizeitaktivität, Sport, Vergnügen und Lebensqualität. Schließungen gehen auf Kosten der Regionen und führen durch größere Entfernungen wieder zu mehr PKW Nutzung. Genug Gründe für die Grünen, um gegen diesen Plan weiter anzutreten. ■

250 GEMEINDEN TTIP FREI GARSTEN IST NICHT DABEI!

Bisher war es leider nicht möglich, im Gemeinderat eine Mehrheit für die Unterstützung der Resolution zu finden. Dabei wäre das mehr als Wünschenswert, denn:

- 1** Die Abkommen werden massiven Einfluss auf die kommunale Gestaltungsfreiheit bei der Erbringung von Dienstleistungen (Wasser, Bildung, Pflege...) haben.
- 2** Welche Dienstleistungen in einem Wettbewerbsverfahren ausgeschrieben werden müssen und unter welchen Bedingungen dies zu erfolgen hat, wird von den Regelungen innerhalb dieser Abkommen abhängen.
- 3** Die Investitionsschutzregelungen des TTIP werden dazu führen, dass die Entscheidungsfreiheit der Gemeinden eingeschränkt werden, weil sie Schadensersatzansprüche von Investoren befürchten müssen. ■



VORTRAG**FREITAG, 25. SEPTEMBER, 19 UHR****VERANSTALTUNGSSAAL DER HS GARSTEN**

Unterwegs in Peru

Rückenwind – mit dem Rad um die Welt

Andreas Hübl und Anita Burgholzer (Steyr) begaben sich 2010 auf die Reise ihres Lebens. Die Jobs wurden gekündigt, ihre Wohnung aufgelöst, das Auto verkauft. Raus aus der Tretmühle und rauf auf den Drahtesel lautete damals ihr Motto. Das Ergebnis: 144 Reisetage, fast 36.500 geradelte Kilometer und der Besuch von 35 Ländern.

In ihrer mitreißenden, authentischen HDAV Reportage erzählen Anita und Andreas von ihrem intensiven, einfachen Leben während jener unvergesslichen Zeit, von einzigartigen Begegnungen mit fremden Kulturen, Menschen und großen Naturlandschaften. ■

WARSCHENECK – WIE GEHT ES WEITER?

Seit unserem letzten Bericht ist eine Menge geschehen, um diesen einzigartigen Naturraum zu schützen.

Nachdem bereits im Februar die grünen Landtags-Abg. Maria Buchmayr und Ulrike Schwarz gemeinsam mit Bezirkssprecher Stefan Kaineder in Vorort-Terminen und Presseausendungen für die Erhaltung des Naturraums rund um den Karststock des Warschenecks eingetreten sind, hat mittlerweile auch Naturschutz-Landesrat Manfred Hainbuchner von der FPÖ klar Stellung bezogen, er „halte das für eine ökonomische und ökologische Unsinnigkeit“ wird er am 6. Juni im Kurier zitiert.

Durch namhafte Persönlichkeiten wie Gerlinde Kaltenbrunner, den mittlerweile leider verstorbenen Eid Kohlmüller aber auch Vertretern anderer Parteien wie Nationalrats-Abg. Andreas Schieder (SPÖ) verspüren die Betreiber der Initiative derzeit endlich die notwendige Unterstützung in der Öffentlichkeit. Im Mai wurden in den hauptsächlich betroffenen Gemeinden Vorderster und Spital, sowie in Windischgarsten Informationsveranstaltungen mit reger Publikumsbeteiligung abgehalten.



Foto: © Julia Kropfberger

Zum äußeren Zeichen der Unterstützung wird von der Initiative dazu aufgerufen bis Ende September alte (Berg-)Schuhe vor Haustüren, am Gartenzaun oder an exponierten Plätzen in der Pyhrn-Priel-Region aufzuhängen, diese zu fotografieren und das Bild an kontakt@warscheneck.at zu mailen. ■

FAHR NICHT FORT – KAUF IM ORT!

Monika Kern wurde von den Grünen Garsten kürzlich für ihr umweltbewusstes Einkaufen mit einem 20 Euro-Einkaufs-Gutschein belohnt. Obwohl sie in der Grabenberger Straße im Buchholz wohnt, ist sie mit einem Fahrrad ohne elektrischen Antrieb unterwegs. Herzlichen Glückwunsch! ■



Foto: Gabriele Feigl

Für Monika Kern hat sich der klimafreundliche Einkauf gelohnt.



GR Gabriele Feigl

AUS DEM GEMEINDERAT

Die Still-Legung des Polytechnischen Lehrgangs Garsten wird im Schuljahr 2015/16 aufgehoben, weil es wieder genügend Anmeldungen gibt.



Für das ehemalige Gasthaus Mörtenhuber wurde ein Pächter gefunden. Schön, dass Günther Hagauer dem Ortskern mit dem Gasthaus „Zum Haji“ ab Ende August zu mehr Lebendigkeit verhilft.



Durch die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen konnten bereits 21.000,- Euro Stromkosten eingespart werden. Wir freuen uns sehr, dass die Gemeinde sich auf unsere Anregung hin zum Austausch entschlossen hat. Die Finanzierung wurde vor drei Jahren mit dem Contracting-Vertrag gesichert. Einziger Wermutstropfen: Die Beleuchtung lässt sich nicht dimmen.

Im Umweltausschuss wurde unter anderem die Situation am Sammelplatz Konventweg diskutiert. Leider funktioniert die sortenreine Anlieferung von Altstoffen nicht, der Platz ist oft extrem verunreinigt, weil die Sachen nicht selten neben die Container gestellt werden. Eine Überwachung des Platzes wurde nicht ausgeschlossen, wenn auch nach dem Anbringen von Schildern, die auf eine strafrechtliche Verfolgung bei Verunreinigung hinweisen, keine Besserung der Situation eintritt.



Die Entsorgung von Altstoffen im ASZ Garsten ist natürlich die beste Variante. Für die sortenreine Sammelware gibt es bessere Erlöse, was wiederum indirekt auch der Bevölkerung von Garsten zu Gute kommt. Der Abfallwirtschaftsbeitrag, den die Gemeinde Garsten (14,00 Euro pro EinwohnerIn) an den Bezirksabfallverband bezahlt, ist in den vergangenen Jahren kaum gestiegen. Sinken jedoch die Erlöse im ASZ, wird das zwangsläufig zu einer Anhebung führen, die die Gemeinde wiederum durch höhere Kommunalabgaben (Müllgebühr) von den BürgerInnen lukrieren müsste.



Neue Box für alte Sachen: Im ASZ Garsten gibt es demnächst die sogenannte ReVital-Box, die das Sammeln noch einfacher macht. Geschirr, Besteck, Ziergegenstände, Spielzeug sowie kleine Elektro- und Haushaltsgeräte können in diese Schachtel gepackt und befüllt im ASZ abgegeben werden. ■

IMPRESSUM**Medieninhaber und Herausgeber:**

Die Grünen Garsten
garsten@gruene.at, www.garsten.gruene.at

Auflage: 3000 Stück

Redaktionsteam:

Gabriele Feigl, Ekkehart Grillmayer, Elisabeth Schönfeld

Fotos: Die Grünen Garsten

Layout und Produktion:

DIE BESORGER mediendesign & -technik ges.m.b.h
www.diebesorger.at